

## Wahlprogramm der Familien-Partei Deutschlands, Landesverband Schleswig-Holstein zur Landtagswahl 2022

### Inhaltsverzeichnis

<b>Präambel.....</b>	<b>2</b>
<b>Kernziele der Familien-Partei .....</b>	<b>2</b>
1. Familienpolitik.....	2
2. Familienlastenausgleich.....	3
3. Erziehungsgehalt.....	3
4. Kindergeld.....	4
5. Rente.....	4
6. Bildungspolitik.....	5
7. Arbeit, Wirtschaft, Soziales, Finanzen.....	6
8. Flüchtlingspolitik.....	8
9. Landwirtschaft.....	8
10. Entlastungen für das Inselleben.....	8

## Präambel

In den vergangenen Jahren ist die Familie wirtschaftlich und sozial immer weiter ins Hintertreffen geraten.

Die Familien-Partei Deutschlands fordert die Aufwertung der Familien durch den Staat und die Gesellschaft sowie durch die anerkennende Gleichstellung von Familienarbeit für Kinder und Erwerbsarbeit.

Alle Menschen sind im Alter auf die solidarische Unterstützung der nachfolgenden Generationen angewiesen. Dabei geht es nicht allein um die persönliche finanzielle Absicherung, sondern auch um den Erhalt der Infrastruktur durch menschliche Arbeit. Weil also die Zukunft von den nachfolgenden Generationen getragen wird, fordert die Familien-Partei Deutschlands die vorausgehende Solidarität aller Mitglieder dieser Gesellschaft mit den Familien ein. Sie fordert, dass die Kosten für die Erziehung und Versorgung der Kinder von der gesamten Gesellschaft getragen werden. Denn ohne Kinder ist eine Gesellschaft nicht überlebensfähig.

Heute ist mit der Geburt von Kindern für Eltern ein gravierender wirtschaftlicher Nachteil verbunden. Kinder sind das größte Armutsrisiko. **2020 lebten in Schleswig-Holstein 21,3 % der Kinder mit ihren Eltern und 15,6 % Rentner in Armut.**<sup>1</sup> Die Schere zwischen Arm und Reich geht insgesamt immer weiter auseinander.

Hier sind dringend Korrekturen notwendig. Die Familien-Partei-Deutschlands sieht dies als ihre vordringlichste Aufgabe und macht dazu im Folgenden detaillierte Vorschläge.

Ziel ist, unser Land familienfreundlicher zu gestalten.

---

<sup>1</sup> Daten zu Kinder nach Bertelsmann Stiftung: [https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSI/Publikationen/GrauePublikationen/291\\_2020\\_BST\\_Facsheet\\_Kinderarmut\\_SGB-II\\_Daten\\_ID967.pdf](https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSI/Publikationen/GrauePublikationen/291_2020_BST_Facsheet_Kinderarmut_SGB-II_Daten_ID967.pdf); zu Rentnern nach statistischem Bundesamt laut ARD: [Altersarmut in Deutschland - Themenabend Armut und Verschuldung - ARD | Das Erste](#)

## Kernziele der Familien-Partei

### 1. Familienpolitik

Die Familienpolitik der letzten Jahrzehnte hat dazu geführt, dass die Geburtenzahlen so niedrig sind, dass die Sozialsysteme in absehbarer Zeit nicht mehr finanziert werden können. Es erscheint fast rechtswidrig, dass die heute geborenen Kinder später in erster Linie die höheren Renten der kinderlosen voll beruflich Tätigen finanzieren müssen, während die Eltern wegen der Erziehungszeiten allgemein eine niedrigere Rente erhalten.

Die Familien-Partei will dieser Ungerechtigkeit durch Einführung eines Familienlastenausgleichs ein Ende setzen. Kindererziehung und -betreuung darf nicht länger als wertlos angesehen werden, sondern sie ist wie Arbeit im Berufsleben anzuerkennen und zu bezahlen.

Bei der häuslichen Pflege wurde dieser Schritt bereits vollzogen und Angehörige, die ihre pflegebedürftigen Eltern zu Hause betreuen, erhalten ein Pflegegeld, das aber in keiner Weise ausreicht. Dieser Schritt muss auch bei der häuslichen Kindererziehung und -betreuung gegangen und für beide auskömmlich gestaltet werden.

Die Familien-Partei nimmt wahr, dass die geographische Lage Schleswig-Holsteins wunderbare Seiten hat, Familien aber, bspw. auf Inseln, vor größere Herausforderungen stellt. Die Familien-Partei nimmt sich daher zum Ziel, auch kommunale Besonderheiten zu unterstützen und Schwierigkeiten für Familien auszugleichen. Kernziel in diesem Bereich ist der grundsätzliche Ausbau der Infrastruktur und des öffentlichen Personennahverkehrs.

Die Familien-Partei nimmt ernst, dass für Kinder Erfahrungen von Ausgrenzung jeder Art besonders einschneidend sind. Sie können ihre Gesundheit und Entwicklung belasten. Daher steht die Arbeit der Familien-Partei besonders für Integration aller Kinder und setzt sich explizit zum Ziel, der Benachteiligung von Kindern durch familiäre Armut entgegenzuwirken. Kinder sollten die gleichen Chancen haben.

### 2. Familienlastenausgleich

Zum Familienlastenausgleich gehören das Erziehungsgehalt für die Arbeit, die ein Kind erfordert, ein Kindergeld, das die Mindestkosten, die ein Kind verursacht, abdeckt und eine Rente, bei deren Berechnung die wirklichen Erziehungszeiten berücksichtigt werden. Außerdem will die Familien-Partei das Ehegattensplitting zu einem Familiensplitting erweitern und regt die Diskussion über Lohnsteuerfreiheit ab dem dritten Kind an.

### 3. Erziehungsgehalt

Die häusliche Arbeit für Kinder muss der beruflichen Arbeit gleichgestellt werden. Deshalb tritt die Familien-Partei für ein Erziehungsgehalt ein, das an alle Eltern gezahlt wird. Dadurch erhalten sie echte Wahlfreiheit, ob sie ihr Kind vor allem in jungen Jahren selbst betreuen oder in eine Fremdbetreuung geben, die sie aus dem Erziehungsgehalt bezahlen. Ab dem 3. Lebensjahr eines Kindes empfehlen wir den Besuch eines kostenfreien Halbtagskindergartens.

## **Vorgeschlagene Höhe von Erziehungsgehalt, Kindergeld und Rente (Modell auf der Basis 2020)**

Bis zum 3. Lebensjahr eines Kindes 1.627 € brutto = 1.208 € netto,

bis zum 6. Lebensjahr 771 € brutto und 572 € netto,

bis zum 12. Lebensjahr 399 € brutto und 296 € netto.

Bei mehreren Kindern ist eine Obergrenze vorgesehen. Familienberater sollten die Familien begleiten.

Das bisherige Elterngeld entfällt. Es wird derzeit als Lohnersatz im ersten Lebensjahr eines Kindes bezahlt und beträgt 65 bzw. 67 % des Einkommens vor der Geburt

mindestens 300 und höchstens 1.800 €. Es kann moderiert und z.B. auch über zwei Jahre mit 50 % des Betrages bezogen werden.

Die Familien-Partei hält die unterschiedliche Bezahlung nur ein bzw. zwei Jahre lang für ungerecht und insgesamt für viel zu niedrig. Sie will die Arbeit, die ein Kind erfordert, abgestuft nach Alter bis zum 12. Lebensjahr bezahlen. Die oben aufgeführten Beträge sind für das Jahr 2020 mit dem Mindestlohn errechnet. Eigentlich müsste ein höherer Stundenlohn eingesetzt werden. Die Familien-Partei wäre aber froh, wenn zumindest diese Bezahlung und eine jährliche Angleichung erfolgen würde.

### **4. Kindergeld**

Bis zum 6. Lebensjahr eines Kindes 349 €,

bis zum 14. Lebensjahr 456 €,

bis zum 18. Lebensjahr 525 €.

Das zurzeit bezahlte Kindergeld ist viel zu niedrig. Es beträgt nur 204 € für das erste und zweite, 210 € für das dritte und 235 € für jedes weitere Kind. Eltern müssen derzeit den Differenzbetrag aus ihrem versteuerten Einkommen zuzahlen.

Das Kindergeld soll die Mindestkosten, die ein Kind verursacht, abdecken. Es ist jährlich anzugleichen. Die hier aufgeführten Zahlen wurden auf Basis des Jahres 2020 ermittelt.

### **5. Rente**

Durch das Erziehungsgehalt erwerben die betreuenden Eltern einen Rentenanspruch. Die jetzigen Rentner haben als Eltern ihre Kinder unter erheblichen finanziellen Einbußen aufgezogen. Dafür werden zurzeit 2,5 Jahre (für ab 1992 geborene Kinder 3 Jahre) bei ihrer Rente angerechnet. Laut Herzog-Kommission müssten es 6 Jahre sein. Wir treten für eine entsprechende Erhöhung ein, die pro Kind 119,14 € (Basis 2020) betragen würde.

Die Familien-Partei Deutschlands setzt sich ein für die Generationengerechtigkeit durch alle Altersstufen.

- für Eltern Anrechnung der vollen Erziehungszeit bei der Rentenberechnung
- keine Rentenkürzungen für Eltern aufgrund der demographischen Entwicklung, da der Bevölkerungsrückgang nicht von den Eltern verursacht wurde
- flexibler Renteneintritt ab dem 60. Lebensjahr
- für die Möglichkeit, im Rentenalter sozialabgabenfrei, aber steuerpflichtig erwerbstätig zu sein, wenn der Wunsch besteht, und zwar ohne Einschränkungen
- für die Integration in das Gemeinschaftsleben vor Ort, besonders in Betreuungs- und Bildungseinrichtungen, um verschiedene Generationen zusammenzubringen

## Finanzierung

Die Finanzierung unserer Forderungen soll durch eine Familienkasse erfolgen. Die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden werden so nicht zusätzlich belastet. Eltern, die vor Inkrafttreten dieser Regelung bereits Kinder erzogen haben, brauchen keine Zahlungen an die Familienkasse leisten.

## Auswirkungen

- Es werden wieder mehr Kinder geboren.
- Die Sozialsysteme bleiben finanzierbar.
- Eltern haben mehr Zeit für sich und ihre Kinder.
- Kein Kind wird mehr in Armut aufwachsen.
- Abtreibungen aus sozialen Gründen können revidiert werden.
- Familien, vor allem Alleinerziehende, sind nicht mehr dem Armutsrisiko ausgesetzt.
- Schule, Ausbildung, Studium oder Erwerbstätigkeit der Eltern können nach der Erziehungszeit fortgesetzt werden.
- Kindererziehung und Erwerbstätigkeit lassen sich besser vereinbaren.
- Teilzeitarbeit und Home-Office können vermehrt genutzt werden.
- Die wirtschaftliche Benachteiligung der Eltern wird während der Kindererziehung und im Rentenalter aufgehoben.

## 6. Bildungspolitik

Bildung ist für unser wirtschaftliches und gesellschaftliches Leben von größter Bedeutung. Nur wenn wir, wie von der Familien-Partei Deutschlands gefordert, in unsere Schulen und Hochschulen, also in die Bildung unserer Schüler und Studenten investieren, werden wir langfristig wettbewerbsfähige Arbeitsmärkte schaffen können. Deshalb muss die Landesregierung dafür sorgen, dass ausreichend Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Gerade bei der Inklusion ist es erforderlich, dass in bestimmten Fächern Einzelgruppen gebildet werden, in denen eine leistungsbezogene Unterrichtung erfolgt.

## Wir setzen uns ein für

- Zuverlässige Betreuungseinrichtungen
- Erst Bindung (vor allem in den ersten 3 Lebensjahren) — dann Bildung
- 50 mögliche Betreuungstage im Krankheitsfall der Kinder für betreuende Eltern anstelle der aktuellen 10 für jedes Elternteil
- Betreuung im Kindergartenalter
  - Kostenfreie Halbtagskindergartenplätze mit qualifizierter Betreuung
  - angemessene, bezahlbare ganztägige Betreuung bei Wunsch aller Elternteile der vollen Berufstätigkeit durch Sozialstaffelungen bei den Kosten für einen Ganztagskindergarten und der Ganztagsbetreuung in Schulen bzw. im Hort
  - Verstärkte Förderung der 4- und 5-jährigen Kinder in Halbtagskindergärten und Halbtagsvorschulen
  - Bessere Ausstattung von Kitas: neue Bücher, Materialien für Basteln und Spiele und regelmäßige Instandsetzung, bspw. eine Erneuerung der Räume in einem 5-Jahres-Zyklus
- Schulbildung und Betreuung
  - Schulen mit Selbstverwaltung
  - Finanzielle Gleichbehandlung staatlicher und privater Schulen
  - Kostenfreie Schülerbeförderung
  - Digitaler Ausbau und mit Grundausstattung von Laptops oder Computern
  - Vollständige Lehrmittelfreiheit
  - Eine bessere, inklusive Ausstattung der Schulen, auch für Behinderte
  - Kleinere Klassen und ausreichend verfügbare Lehrkräfte
  - Beständigkeit in der Schulgesetzgebung mit Offenheit zu bundesweiter Regelung
  - Unter Pandemiebedingungen: neue Lüftungsanlagen und sichere Beförderung der Kinder
- Unterstützung weiterer Bildungswege
  - Kostenfreie Erstausbildung bzw. kostenfreies Erststudium
  - Kein Abbau von Fachstudiengängen in Schleswig-Holstein
- Den Ausbau der Qualitätsstandards, um landesweit gleich gute Voraussetzungen für alle Kinder anzubieten, gleichgültig ob auf dem Land, auf der Insel oder in der Stadt
- Kostenloser Zugang zu kulturellen Bildungsangeboten
  - Angebote von Musik- und Volkshochschulen
  - Kostenlose Mitgliedschaft in einem Sport- oder Kulturverein
  - Angemessene Zuschüsse bzw. steuerliche Absetzbarkeit der Kosten für außerschulische Aus- und Weiterbildung der Kinder
  - Bürokratieabbau bei Beantragung von Leistungen

## 7. Arbeit, Wirtschaft, Soziales, Finanzen

Die Familien-Partei Deutschlands stellt den Menschen in den Mittelpunkt des politischen Denkens. Wir fordern flexible, familienfreundliche Arbeitszeiten und soziale Sicherheit für die Familien in unserem Land. Zentral dafür ist eine verbesserte, geografisch ausgeglichene Infrastruktur sowie die Attraktivität des Standortes Schleswig-Holstein, insbesondere für mittelständische Familienbetriebe. Grundsätzlich sollen Familien, Kinder und Rentner die Möglichkeiten haben, sich auch ohne eigenes Fahrzeug und ohne eine finanzielle Mehrbelastung zu Ärzten und zum Einkaufen bewegen zu können.

### Darum steht die Familien-Partei Deutschlands für

- Begrenzung von Zeitarbeitsverträgen auf 1 Jahr bis zum Festangestelltenverhältnis
  - maximal eine Verlängerung eines befristeten Vertrags
- Keinen weiteren Ausbau befristeter Arbeitsverhältnisse
- Abwägen digitaler Entwicklung und ihrer Konsequenzen für Familien und Arbeitsstellen
- Das Erziehungsgehalt und damit die Schaffung von Kaufkraft, die direkt den heimischen Markt unterstützt
- Ein Begrüßungsgeld von 500 € für Neugeborene
- Zuschuss zum Familienurlaub für finanzschwache Familien
- Verbesserte Wohnsituationen für Familien
  - Die verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf
  - Eigenheimzulage für Familien
  - Bereitstellung von ausreichend Wohnraum für Familien besonders Großfamilien
  - Bebauungspläne unter der Bedingung von Schaffung bezahlbaren Wohnraums, gerade auch in attraktiven Wohngebieten
- Verbesserung der Infrastruktur
- Nachhaltigere Verkehrsmittelnutzung:
  - Entwicklung von Alternativen zu E-Autos aus Cobalt
  - Verstärkung des ÖPNVs:
    - Höhere Frequenz von Bussen und Bahnen (besonders unter Pandemiebedingungen)
    - Aufstockung zum bedarfsgerechten ÖPNV-Regelverkehr in ländlichen Regionen oder auf Inseln
    - bei Nicht-Umsetzung der Verstärkung Pendlerprämien als Minimum
  - Staatlich kontrollierte Preise von Kraftstoffen, u.a. für Verbrennungsmotoren
- Bessere Personalausstattung der Justiz. Gerichtsverfahren dürfen nicht länger als ein Jahr lang andauern.
- Konsequente Umsetzung der Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit.
- Realistische Haushaltsplanung, Subventions- und Schuldenabbau
- Vereinfachte Steuergesetzgebung
- Attraktivität des Standortes Schleswig-Holstein für Firmen
- Unterstützung mittelständischer Unternehmen
  - Steuerliche Entlastung

- Zur Sicherung von Ausbildungsplätzen für unsere Kinder vor Ort
- Eine faire Flüchtlings- und Einwanderungspolitik
- Eine gezielte Unterstützung der Landwirtschaftsbetriebe vor Ort
- Unterstützung von Wohnungslosen und nachhaltige Integration ins Sozialsystem
- Ausbau der digitalen Infrastruktur: keine Benachteiligung von (ländlichen) Regionen

## Schleswig-Holstein als Wirtschaftsstandort

Die Familien Partei setzt sich für den Ausbau und die Sicherung von Arbeitsplätzen ein. Hier wollen wir Standorte von Firmen sichern und steuerlich mehr entlasten. Außerdem will sie für Interessenten den Standort Schleswig-Holstein mit folgenden Punkten attraktiv machen:

- Verfügbarkeit der Flächen zeigen
  - Mitgestaltung des Betriebsflächenmanagements
  - Strategische Immobilien- und Flächenkäufe durch die Gemeinde
  - Innovatives Leerflächenmanagement
- Ausbau der Infrastruktur und Dateninfrastruktur
- Unternehmensförderungen, auch von Neugründern, statt Abgaben und Steuern
- Förderung eines guten Wirtschaftsklimas durch Banken und Kreditinstitute sowie alternative Finanzierungsmodelle sowie bspw. Großzügigkeit in der Gestaltung der Öffnungszeiten in der Gastronomie
- Verbesserung des Arbeitsmarktes:
  - Verbesserung der Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten in der Region
  - Verbesserung der Lebensqualität vor Ort
  - Familienfreundlichkeit durch umfassende Betreuungs- und Bildungseinrichtungen

## 8. Flüchtlingspolitik

- Asyl sollte allen Berechtigten gewährt werden, denen ein sicheres Asylland in ihrem Kulturkreis nicht zur Verfügung steht
  - Es müssen Personen sein, die in ihrem Land politisch verfolgt werden oder deren Heimat in einem akuten Kriegsgebiet liegt
  - Um staatliche Hilfen zu bekommen, müssen sie einen Asylantrag stellen und sich verpflichten, die deutsche Sprache zu erlernen und den Integrationsweg zu beschreiten
  - Das Grundgesetz ist anzuerkennen und insbesondere die Stellung der Frau in unserer Gesellschaft zu respektieren
  - Kriminelle und Terrorverdächtige sind auszuweisen, sobald dies rechtlich festgestellt ist
- Sonstige Zuwanderer sind nur bis zu einer Obergrenze aufzunehmen
  - Sie müssen sich verpflichten, das Grundgesetz anzuerkennen, die deutsche Sprache zu lernen und sich zu integrieren
- Ghettobildungen von Migranten in einzelnen Stadtteilen sind zu vermeiden, damit sich keine Parallelgesellschaften bilden.

## **9. Landwirtschaft**

- Sicherung von kostendeckenden Preisen für ein zuverlässiges, angemessenes Einkommen der Landwirte und eine verlässliche Versorgung der Bevölkerung
- Umstellung der Tierhaltung von Massentierhaltung zu artgerechter Tierhaltung sowie einer Verbesserung des allgemeinen Tierschutzes.

## **10. Entlastungen für das Inselleben**

- Finanzielle Entlastung für Inselbewohner in Schleswig- Holstein, um die auf den Inseln höheren Lebenshaltungskosten, Mieten und lebensnotwendige Fahrkosten zu decken (analog zur ehemaligen Berlinzulage)